

Probleme bei der Netzanbindung von Offshore-Windparks – stehen Deutschland harte Auseinandersetzungen bevor?

– Ungelöste Aufgaben für Politik, Verwaltung und Rechtsprechung –

Von Rechtsanwalt Dr. Holger Spreen, Hannover

Die Energieversorgung in Deutschland befindet sich im Wandel. Nicht nur durch die Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gewinnen regenerative Energien aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse immer mehr an Bedeutung. Sogenannte Offshore-Windparks sollen bei Ausbauplänen von bis zu 25 Gigawatt installierter Windleistung im Jahr 2030 zukünftig einen beachtlichen Anteil des deutschen Strombedarfs decken. Doch wie es aussieht, haben Politik, Verwaltung und Rechtsprechung noch einige Herausforderungen zu meistern, bis dieses Ziel erreicht werden kann, denn die Netzanbindung der Anlagen ist noch völlig ungeklärt.

Erste Bürgerproteste, Ratsresolutionen und nicht zuletzt technische Probleme verdeutlichen, dass es erhebliche Widerstände gibt. Viele Kommunen befürchten für sich und ihre Bürger dauerhafte Beeinträchtigungen durch neue Hochspannungsleitungen. Neben den technischen Möglichkeiten muss vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung wesentlich berücksichtigt werden – und die ist für Freileitungen vielerorts nicht gegeben. Kostengründe dürfen jedenfalls nicht allein ausschlaggebend sein.

Gefordert ist deshalb zunächst die Politik: Sie braucht ein Gesamtkonzept für die Offshore-Windkraft und die Ableitung des Stroms, um die Belastungen für die Bevölkerung zu minimieren. Die Bundesregierung hat hier noch ein großes Stück Arbeit vor sich. Auf Verwaltungsebene werden die rechtlichen Voraussetzungen durch ein Raumordnungs- und anschließendes Planfeststellungsverfahren geschaffen. Entscheidend für die Akzeptanz der Verwaltungsentscheidung sind nachvollziehbare Abwägungsentscheidungen, die die vorgebrachten Belange hinreichend mit einbeziehen. Fehlt es daran, wird eine gegebenenfalls ergehende Genehmigung für einen Freileitungsbau auf dem Klagewege vor dem zuständigen OVG nochmals rechtlich überprüft werden.

Der Republik könnten also unruhige Zeiten bevorstehen, wenn die Entscheidungen jetzt nicht gut überlegt und wohlabgewogen getroffen werden. Der Beitrag klärt deshalb auf über die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen.